



Spezial-Newsletter zur ausserordentlichen Session

Am 19. März erfolgte ein Paukenschlag, wie ihn der Finanzplatz Schweiz seit 2008 nicht mehr erlebt hat. Mit Staatsgarantien in Milliardenhöhe und unter Anwendung von Notrecht wurde die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS vom Bundessrat verordnet. Der Aufschrei im Land war gross. Schliesslich hiess es nach der letzten Finanzkrise allenthalben: Nie wieder darf der Steuerzahler für eine Bank haften! Doch die mit diesem Ziel revidierte Bankenregulierung konnte dieses Versprechen offensichtlich nicht einlösen.

Wie sind die jüngsten Ereignisse aus ordnungspolitischer und ökonomischer Sicht einzuordnen? Und was ist nun aus Sicht der liberalen Verantwortungsträgerinnen und -träger zu tun? Diesen Fragen ist Avenir Suisse in verschiedenen Artikeln, Podcasts und Analysen nachgegangen. Aus Anlass der morgen Dienstag beginnenden ausserordentlichen Session in Bern haben wir die wichtigsten Beiträge der letzten zwei Wochen in diesem Newsletter zusammengestellt.

Peter Grünenfelder, Direktor

Bankenreform

Trennbanken machen das Finanzsystem nicht sicherer



Wenn der Steuerzahler für scheiternde Banken in die Pflicht genommen wird, ist der Aufschrei in der Politik zu Recht gross. Notrechtlich durchgesetzte Staatshilfen untergraben schliesslich das Vertrauen in eine liberale Gesellschaftsordnung und den Rechtsstaat. In der Aufregung werden auch alte Reformvorschläge wieder aufgewärmt. Leider sind viele davon schlicht ungeeignet, die aktuellen Probleme des Finanzsystems zu lösen. Zu den Reformen zum Vergessen gehört auch der jüngst wieder aufgetauchte Vorschlag eines Trennbankensystems.

[Trennbanken machen das Finanzsystem nicht sicherer](#)

Der Wochenkommentar

Der geldpolitische Tabubruch des Bundesrats



Bei der Übernahme der Credit Suisse durch die UBS ist ein gewichtiges Detail weitgehend unbemerkt geblieben. Der Bundesrat hat nicht nur Milliardengarantien gesprochen. Vielmehr hat er mit Notrecht auch zentrale Prinzipien der Geldpolitik ausgehebelt und die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank (SNB) untergraben. Dies dürfe nicht auf die leichte Schulter genommen werden, schreiben Jürg Müller, Lukas Schmid und Laurenz Grabher im Wochenkommentar. Eine deutliche Reaktion des Parlaments sei nun gefordert.

[Der geldpolitische Tabubruch des Bundesrats](#)

Podcast «Eco on the Rocks»

Spezial-Folge zur Credit-Suisse-Übernahme



Aus aktuellem Anlass hat das «Eco on the Rocks»-Team einen externen Gast eingeladen. Der Berner Wirtschaftsprofessor Aymo Brunetti leitete einst jene Expertengruppe des Bundes, die im Anschluss an die Finanzkrise 2008 neue Regeln für die Grossbanken erarbeitete. Nun diskutiert er zusammen mit Peter Fischer, Chefökonom bei der NZZ, und Jürg Müller, Senior Fellow bei Avenir Suisse, die jüngsten Ereignisse auf dem Schweizer Finanzplatz. Im Zentrum des Gesprächs steht das schwierige Verhältnis von Banken und Staat in einer Marktwirtschaft – und letztlich die grosse Frage: Was kann und soll nun getan werden?

[Das schwierige Verhältnis von Banken, Staat und Markt](#)

Liberalismus

Das Ende der liberalen Ordnung im Bankenland Schweiz



Ein toxischer Cocktail aus privater Misswirtschaft, staatlichen Hauruckkübungen und erschüttertem Vertrauen haben ihren Tribut gefordert. Die Übernahme der CS durch die UBS ist ein ordnungspolitischer Sündenfall, schreiben Peter Grünenfelder und Jürg Müller. Für über 200 Mrd. Fr. werden Bund und Nationalbank im schlimmsten Fall geradestehen müssen. Jetzt gilt es in Erinnerung zu rufen, dass nicht der Markt versagt hat, sondern eine Bank. Es braucht mehr Bescheidenheit und Demut beim Management von Finanzinstituten sowie eine Überarbeitung der Regulierung. Nur mit glaubwürdigen Antworten auf die Frage, wie der Steuerzahler bei einer Schiefelage eines grossen Finanzinstituts nicht in der Pflicht steht, kann die liberale Ordnung in der Schweiz wieder hergestellt werden.

[Das Ende der liberalen Ordnung im Bankenland Schweiz](#)

Podcast «Think dank!»

Was bedeutet das Ende der Credit Suisse für die Schweiz?



Der 19. März wird in die Schweizer Geschichtsbücher eingehen – jedoch nicht als Feiertag, denn es ist der Tag, an dem mit einer schlechten Lösung eine noch viel schlechtere verhindert werden musste. Die vom Bund eingeleitete Express-Übernahme der Credit Suisse durch die UBS bedeutet eine Zäsur. Aus den beiden grössten Banken des Landes wurde ein XXL-Finanzgigant geschaffen. In der neusten «Think dank!»-Folge erläutert Jürg Müller im Gespräch mit Marc Lehmann mögliche Folgen für den Finanzplatz und zeigt auf, wie die Finanzarchitektur langfristig reformiert werden könnte.

[Was bedeutet das Ende der Credit Suisse für die Schweiz?](#)

Credit-Suisse-Übernahme

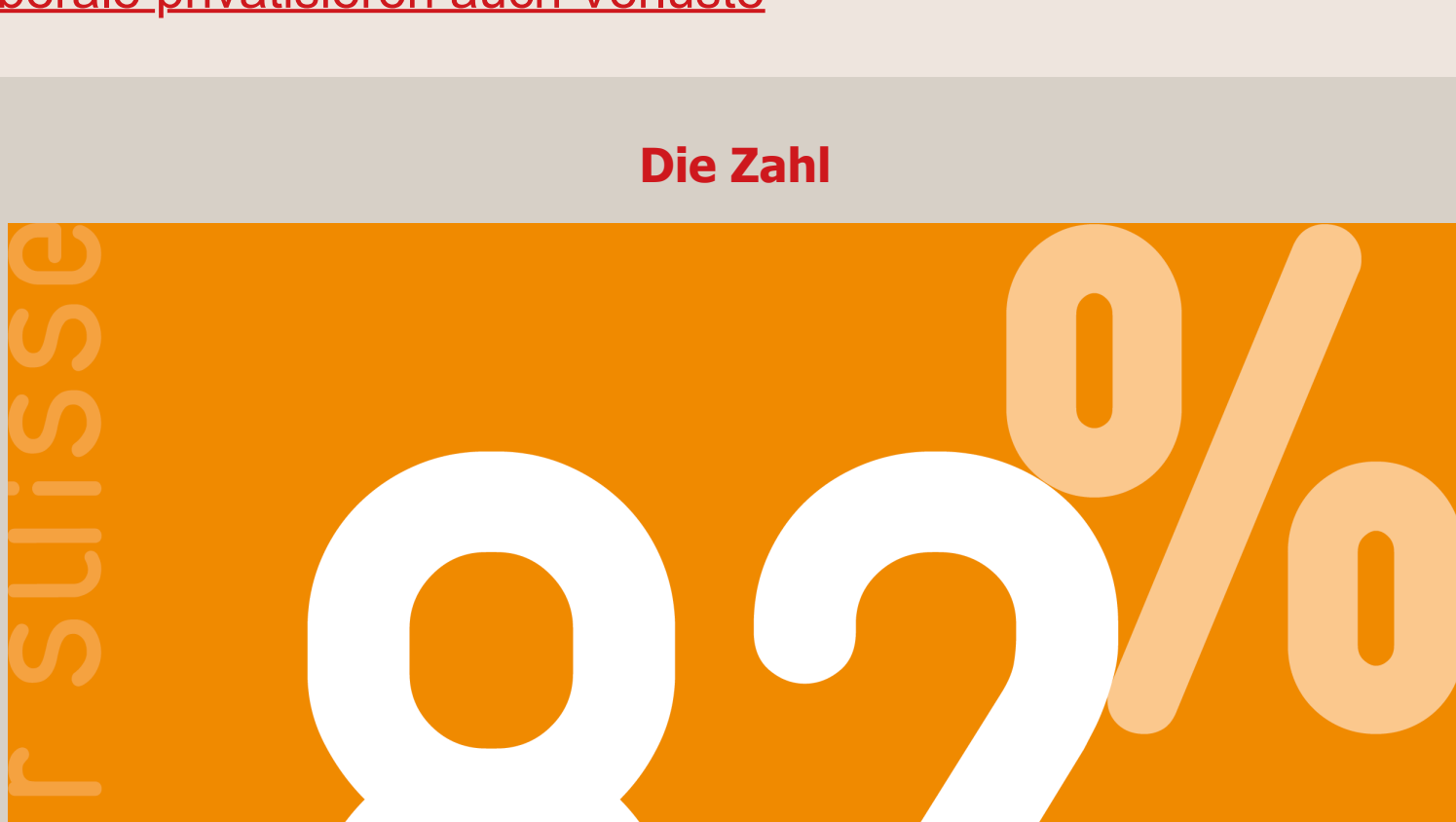
Liberalen privatisieren auch Verluste



Die Fehldeutung des Credit-Suisse-Deals als Scheitern marktwirtschaftlicher Prinzipien ist gefährlich, schreibt Lukas Rühli. Denn daraus leiten sich direkt Forderungen nach einer noch stärkeren staatlichen Kontrolle und Regelung wirtschaftlichen Geschehens ab. Dabei schafft im Gegenteil erst eine freie Marktwirtschaft die Grundlagen für eine meritokratische Gesellschaft und damit die Basis für Chancengleichheit. Die staatlich orchestrierte Credit-Suisse-Übernahme durch die UBS ist ein Akt der nationalen und internationalen Realpolitik. Mit einer liberalen Marktwirtschaft hat dies wenig zu tun – im Gegenteil: Die (potenzielle) Sozialisierung von Verlusten bedeutet eine Verletzung des Verantwortungsprinzips. Das ist im Kern illiberal.

[Liberalen privatisieren auch Verluste](#)

Die Zahl



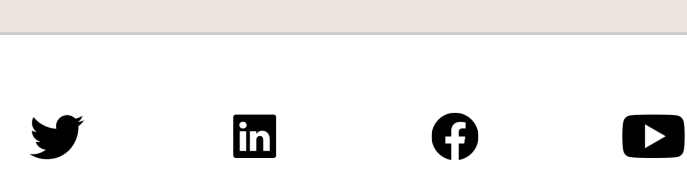
Der Anteil der Credit-Suisse-Filialen in der Schweiz, die weniger als einen Kilometer entfernt von einer UBS-Filiale liegen, beträgt 82%. Laut [Swiss-Money-Map](#) der Universität St. Gallen betreibt die UBS 200 Filialen und die Credit Suisse 111, davon liegen 91 in der Nähe einer UBS Geschäftsstelle. (LAG)

Presseschau

Avenir Suisse in den Medien



Die Finanzmarktaufsicht (Finma) darf gemäss Kartellgesetz bei Bankenfusionen aus Gründen des Gläubigerschutzes an die Stelle der Wettbewerbskommission (Weko) treten. Dies hat sie im Rahmen der Übernahme der CS durch die UBS auch getan. Wie stellt sie nun aber sicher, dass auch den wettbewerblichen Aspekten einer solchen Megafusion Rechnung getragen wird? Und könnte sie gegenüber der UBS – sollte dies aus wettbewerblicher Sicht angezeigt sein – zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch irgendwelche Auflagen durchsetzen? Der Avenir-Suisse-Wettbewerbsexperte Samuel Rutz hat zu dieser Frage [in der «Tagesschau» des Fernsehens SRF](#) Stellung genommen.



© Avenir Suisse, Puls 5, Giessereistrasse 18, 8005 Zürich, Schweiz, [avenir-suisse.ch](#)

[Über uns](#)

[Datenschutzerklärung](#)
Warum Sie diesen Newsletter bekommen

[Leiten Sie den Newsletter an einen Freund weiter](#)

Damit dieser Newsletter nicht in Ihrem Spamordner landet, fügen Sie [kommunikation@avenir-suisse.ch](#) Ihrem Adressbuch hinzu.